

Hitlers sozialer Volksstaat?

Zur kontroversen Diskussion um Götz Alys Thesen



Heftig diskutiert: Götz Alys Buch »Hitlers Volksstaat«, veröffentlicht im S. Fischer Verlag. Inzwischen ist es in der 5. Auflage erschienen und bereits in zehn Sprachen übersetzt.

Seit Goldhagens Untersuchung von 1996 hat kein historisches Buch mehr mediale Aufmerksamkeit erregt als Götz Alys Studie »Hitlers Volksstaat« in diesem Frühjahr. Nicht nur die überregionale Tagespresse, sondern auch zahlreiche lokale Blätter veröffentlichten Rezensionen, Berichte und Interviews mit dem Autor, der zudem eine ungewöhnliche Präsenz in Funk und Fernsehen zeigte. Auch die Verkaufszahlen – der Verlag hat soeben die 5. Auflage herausgegeben – belegen, dass Alys Untersuchung weit über Journalisten- und Historikerkreise hinaus den Nerv der Zeit getroffen hat. Wie aber ist nun dieser Erfolg zu erklären und zu bewerten? Ist Aly eine völlig neue Deutung des nationalsozialistischen Erfolgs und des Holocaust gelungen? Oder treffen die in seinem Buch mitschwingenden Konnotationen schlichtweg auf den wachsenden Unmut über den heutigen Sozialstaat? Die Studie regt ebenso zu kontroversen öffentlichen Diskussionen wie auch zu Fachdebatten der Geschichtswissenschaft an.

Raubpolitik und »Wohlfühl-Diktatur« – Der Autor und sein Werk

Der habilitierte und frei arbeitende Publizist Götz Aly, der momentan die Gastprofessur für interdisziplinäre Holocaustforschung am Frankfurter Fritz Bauer Institut inne hat, verfasste bereits zahlreiche Untersuchungen zum Dritten Reich und insbesondere zum Holocaust. Sowohl seine Studie, die den Zusammenhang zwischen dem Massenmord an den Juden und den geplanten Bevölkerungsumsiedelungen im europäischen Osten belegt, als auch seine Arbeit zur Beteiligung akademischer Eliten am Holocaust haben die historische Forschung ohne Zweifel äußerst positiv befruchtet.

In »Hitlers Volksstaat« widmet sich Aly mit den für ihn typischen zugespitzten provokanten Thesen und in pointiertem Stil dem Thema, wie die Sozial- und Finanzpolitik des Deutschen Reichs und die Besatzungsherrschaft sowie die Judenvernichtung miteinander verwoben sind. Zudem beschreibt Aly, dass

die Ausbeutungspolitik der Nationalsozialisten und der Holocaust entscheidend dazu beitrugen, dass die deutsche Bevölkerung der Nazi-Herrschaft zustimmte. Nach Alys Verständnis strebten die Nationalsozialisten aufgrund der Erfahrung des gescheiterten Ersten Weltkriegs und der Revolution von 1918 einen rassistischen Volksstaat gleicher Deutscher in einer Wohlstandsgesellschaft an. Die NS-Sozialpolitik diente dabei sowohl diesem langfristigen Ziel als auch der kurzfristigen Herrschaftsstabilisierung, der auch die Finanzpolitik des Staats vollständig untergeordnet wurde. Um die Aufrüstung und staatliche Sozialpolitik trotz leerer Staatskassen und unsolider Verschuldung weiterführen zu können, griff das Regime – so Aly – im Herbst 1938 auf das Vermögen der deutschen und österreichischen Juden zu.

Nach Kriegsausbruch wurde diese Ausbeutungspolitik nicht nur auf das Vermögen der europäischen Juden, sondern auch auf die besetzten Länder ausgeweitet, die die Nazis in erheblichem Maße zur Finanzierung des deutschen Kriegs heranzogen; so wurden zum Beispiel die Wehrmachtskosten mit den geldähnlichen Reichskreditkassenscheinen der deutschen Wehrmacht gedeckt, die die besetzten Länder allein bezahlten. Zudem wurden die Erlöse aus dem Verkauf jüdischen Eigentums zumeist in den Haushalt der jeweiligen Länder gelenkt, so dass man die dort durch die enormen Besatzungskosten entstandene Inflation eindämmen und die Funktionsfähigkeit der dortigen Volkswirtschaften aufrecht erhalten konnte. Sowohl der Raub des jüdischen Vermögens als auch die finanzielle und materielle Ausplünderung Europas beruhten nach Aly auf dem Konsens der verantwortlichen deutschen Eliten, die deutsche Bevölkerung nur so weit als nötig mit dem Krieg zu belasten. So konnten die deutschen Soldaten beispielsweise ungehindert Waren bei Urlaubsfahrten ins Reich mitnehmen oder Wehrmachtspäckchen nach Hause schicken, auch wenn dies erhebliche



Der Autor: Götz Aly, geboren 1947 in Heidelberg, besuchte die Deutsche Journalistenschule in München und studierte anschließend Geschichte und Politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin. Er hat wichtige Veröffentlichungen zur Sozialpolitik und zur Geschichte des Nationalsozialismus vorgelegt. Nach verschiedenen journalistischen Tätigkeiten – er war Redakteur bei der »taz« und der »Berliner Zeitung« – forschte Götz Aly in Israel und in den USA. Der Historiker, der seit Wintersemester 2004/2005 die Gastprofessur für interdisziplinäre Holocaustforschung am Fritz Bauer Institut und der Johann Wolfgang Goethe-Universität innehat, wurde 2002 mit dem Heinrich-Mann-Preis ausgezeichnet, 2003 erhielt er den Marion-Samuel-Preis der Stiftung Erinnerung. Der streitbare Historiker stellt sich der kontroverse Diskussion mit anderen Wissenschaftlern, wie zum Beispiel im Mai bei einer von der Frankfurter Rundschau initiierten Podiumsdiskussion auf dem Campus Westend.

negative Folgen für die Wirtschaft des besetzten Landes hatte.

Innenpolitisch unterstützte eine aktive Steuer- und Sozialpolitik diese Raubpolitik. Mit Kindergeld, Ehegattensplitting und Steuerfreibeträgen bei Nacht- und Feiertagszuschlägen sowie mit den Rentenerhöhungen von 1941 sollte das nationalsozialistische Ziel eines egalitären Volksstaats umgesetzt und die anhaltende Zustimmung der Bevölkerung erkaufte werden. Aly ist der Auffassung, dass die Nationalsozialisten mit diesen materiellen »Erfolgen« die deutschen Volksmassen korrumpieren und eine »Wohlfühl-Diktatur« schaffen wollten. Diese Politik und nicht Repressionsmaßnahmen, Ideologie und Propaganda habe maßgeblich für die Stabilität des Regimes und die Zustimmung der Bevölkerung zum Nationalsozialismus gesorgt.

Öffentliche Diskussion über Profiteure der Ausbeutungspolitik

Vor allem Nichthistoriker überraschte an Alys Veröffentlichung, dass nicht deutsche Großunternehmen, sondern der deutsche Staat und damit indirekt die deutsche Bevölkerung am stärksten von der Ausbeutungspolitik profitierten. Aly rückt damit Erkenntnisse ins allgemeine Bewusstsein, die unter Historikern seit langem bekannt, aber in den seit den 1990er Jahren geführten öffentlichen medialen Debatten über die NS-Vergangenheit der Konzerne nur selten thematisiert worden sind. Der deutsche Staat er-

hielt ab Mitte 1938 zumeist 80 bis 90 Prozent der Erlöse geraubter Werte, Güter oder aus der Zwangsarbeit. Der Fiskus war zudem alleiniger Nutznießer der riesigen Besatzungszahlungen, die den größten Anteil an den Rauberlösen darstellten. Die deutsche Bevölkerung profitierte einerseits durch niedrige Steuern und eine bessere – staatlich organisierte – Güterversorgung, beteiligte sich aber auch direkt an dem räuberischen Verwertungssystem, indem sie jüdisches Vermögen aus ganz Europa erwarb. Dies hat der Hamburger Zeithistoriker Frank Bajohr schon 1997 ausführlich beschrieben. Warum aber hat Alys Studie nun heftige Debatten über die Schuld der deutschen Bevölkerung entfacht?

Sozialstaat – Warum der Vergleich mit dem NS-Staat hinkt

Ohne Zweifel aber treffen Alys Ausführungen zur nationalsozialistischen Sozialpolitik zurzeit auf ein günstiges Klima: In der Debatte über die Zukunft unseres Sozialstaats meinen manche, strukturelle Ähnlichkeiten zwischen den sozialpolitischen Herrschaftstechniken des NS-Staats und der bundesrepublikanischen Politik beobachten zu können. Dabei wird die Gewährung von Sozialleistungen, wie sie ab Mitte der 1960er Jahre als Mittel des demokratischen Machterhalts verstärkt betrieben wurde, mit den NS-Maßnahmen gleichgesetzt. Diese Anfänge im Nationalsozialismus scheinen – wie so häufig in politi-



Geschenke auch in Kriegzeiten (1942): Der deutschen Bevölkerung kamen die Rauberlöse zugute, sie profitierte von einer besseren – staatlich organisierten – Güterversorgung, beteiligte sich aber auch direkt an dem räuberischen Verwertungssystem, indem sie jüdisches Vermögen aus ganz Europa erwarb.

schen und kulturellen Debatten – die heutige Sozialpolitik zu delegitimieren (Wildt).

Allerdings eignen sich Alys Ausführungen aus mehreren Gründen keinesfalls für die Diskussion um den heutigen Sozialstaat: So haben weder die einzelnen Maßnahmen noch die gesamte bundesrepublikanische Sozialpolitik ihren eigentlichen Ursprung in der nationalsozialistischen Zeit. Vielmehr reichen ihre Wurzeln zumeist in die Weimarer Republik zurück oder wurden nach 1945 auf Basis älterer Denktraditionen wie der christlichen Soziallehre oder dem sozialdemokratischen Reformismus entwickelt. Abgesehen von den Repressionsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft (Auflösung der Gewerkschaften, Zwangstarife, Abschaffung der Mitspracherechte etc.) besaßen die Empfänger von sozialen Transfers im NS-Staat anders als nach 1945 keinen Rechtsanspruch auf die letztlich nur nach Nützlichkeiterwägungen verteilten NS-Leistungen – ein grundsätzlicher struktureller Unterschied zur Bundesrepublik. Ähnlich ist die Situation bei der Rente, wo nach 1945 ein eigentumsähnlicher



Zertrümmerte Schaufenster jüdischer Geschäfte in Pressburg (1939): Als größten Massenraubmord der Geschichte bezeichnet Götz Aly den Holocaust. Vorurteile, politische Programme und Interessenlagen einzelner europäischer Staaten und Gesellschaften begünstigten den Raub des jüdischen Vermögens.

Versicherungsanspruch der Beitragszahler der staatlich gewährten Altersfürsorge im NS-Staat gegenübersteht. Insgesamt war das völkische Sozialsystem eben nicht mit liberalen Freiheitsrechten verbunden und gehorchte nicht sozialstaatlichen Maximen, sondern vor allem Prioritäten der Kriegswirtschaft (Süß, Wildt).

Kritik aus dem Kreis der Zeit-, Sozial- und Wirtschaftshistoriker

Diese und andere Aspekte der Thesen haben auch in der Geschichtswissenschaft eine starke Kritik an dem von Aly gezeichneten Bild des NS-Volksstaats hervorgerufen. Zeit- und Sozialhistoriker haben dabei

zur Verwirklichung eines »nationalen Sozialismus« dar. Tatsächlich erfolgten zahlreiche soziale »Wohltaten« allein, um die Leistungsbereitschaft der arbeitenden Bevölkerung in der Kriegswirtschaft zu erhöhen. So wurden nach Richard Overy (1994) beispielsweise die Überstundentarife erhöht, um im nivellierten Lohnsystem größere Leistungsanreize für Arbeiter zu schaffen. Zudem kamen diese Leistungen aufgrund utilitaristischer Erwägungen nur bestimmten »nützlichen« Gruppen – darunter Rüstungsarbeiter, nicht aber Frauen, Kranke und Alte – zugute. Rassistisch Verfolgte waren sogar absolut ausgeschlossen. Auch Alys Behauptung, dass das Regime durch seine Sozialleistungen eine breite Zustimmung der Bevölkerung gewinnen konnte, wird von Kennern der NS-Sozialgeschichte zurückgewiesen, da die einzelnen Maßnahmen – wie die Stimmungsberichte des SD, dem Geheimdienst der SS, zeigen – immer nur zur kurzzeitigen Stimmungsaufhellung in der Bevölkerung führten (Süß).

Kritiker werfen Aly ferner vor, dass er den Stellenwert der nationalsozialistischen Ideologie im Zusammenhang mit dem Massenmord an den europäischen Juden völlig vernachlässigt. Wenngleich immer auch ökonomische Motive in der Judenverfolgung mitschwangen, so hat doch die neuere Forschung herausgearbeitet, wie stark sich, zum Beispiel bei den Arisierungen, ideologische Vorgaben im NS-Staat mit gesellschaftlichen Interessen verbanden (Bajohr). Aly berücksichtigt dagegen weder den radikalen und aggressiven Antisemitismus noch das Zusammenspiel zwischen antijüdischen Aktionen »von unten« und staatlichen Reaktionen, sondern reduziert die Enteignungspolitik allein auf die Regierungspolitik von oben (Wehler, Bajohr).

Auch in der Wirtschaftsgeschichte steht »Hitlers Volksstaat« stark in der Kritik. Alys Aussage, dass die besetzten Länder zwei Drittel der deutschen Kriegsausgaben trugen, wurde widerlegt und seiner Untersuchung wurden handwerkliche Fehler nachgewiesen, da er nur die reinen Staatsausgaben, nicht aber weitere Finanzierungsquellen wie Spareinlagen und Sozialversicherungsbeiträge, die ebenfalls für die

Kriegsfinanzierung verwandt wurden, in seine Berechnungen einbezogen hat (Tooze). Problematisch ist auch Alys These, dass die unteren Bevölkerungsschichten gegenüber den wohlhabenderen Schichten durch die Steuer- und Lohnpolitik bewusst besser gestellt worden seien. Er übersieht, dass die deutsche Bevölkerung eine im internationalen Vergleich sehr hohe Steuerbelastung trug, während Unternehmen durch die staatlichen Maßnahmen vor und während des Kriegs erheblich entlastet wurden, wie die beiden Wirtschaftshistoriker Mark Spoerer (1996) und Richard Overy (1994) eindeutig gezeigt haben. Tatsächlich lagen auch die nominellen Bruttostundenverdienste deutscher Arbeiter noch 1943 deutlich unter dem Stand von 1929. Das blieb der Bevölkerung letztlich nicht verborgen, die höheren Löhne resultierten allein aus der stark gestiegenen Arbeitszeit (Hachtmann).

Nur eine Politik der gleich schlechten Bedingungen für alle

Auch Alys Darstellung des Lebensstandards der deutschen Bevölkerung im Krieg, die für seine Argumentation von zentraler Bedeutung ist, erfährt heftige und berechtigte Kritik (Bähr). Wie zahlreiche Studien in den vergangenen dreißig Jahren festgestellt haben, verbesserte sich die Lebenssituation des Normalverdieners im NS-Staat keinesfalls. Zwar litt die deutsche Bevölkerung – anders als im Ersten Weltkrieg – keinen Hunger, doch verharrte das Versorgungsniveau der Deutschen auch im Krieg noch auf dem niedrigen Stand der Weltwirtschaftskrise, da das Regime der Aufrüstung und Autarkie den Vorzug vor der Produktion von Konsumgütern und dem Import von Nahrungsmitteln gab. Tatsächlich nahm nach Jörg Baten und Andrea Wagner (2003) schon seit 1933 die Sterblichkeit zu und die Kindergröße ab, beides Indikatoren für einen sinkenden Lebensstandard. Das Regime betrieb nach Overy nur eine Politik der gleich schlechten Bedingungen für alle. Dass die Bevölkerung aufgrund des vollständig regulierten Angebots Raubgüter aus den besetzten Gebieten kaufte oder Soldaten so viel wie möglich nach Hause schickten und schlepten, ist eben auf diese Mangelwirtschaft und we-



Schwer bepackt: Urlauber von der Ostfront im Dezember 1941 – ausgebeutet wurden die besetzten Länder nicht nur durch Mitbringsel der Soldaten, sondern insbesondere durch die Abgaben, die diese Länder leisten mussten.

mehrfach darauf hingewiesen, dass die nationalsozialistische Politik deutlich hinter den Weimarer Sozialleistungen zurückblieb beziehungsweise auf dem niedrigen Niveau der Weltwirtschaftskrise verblieb (Süß, Hachtmann). Die Einführung einzelner Maßnahmen wie Rentenerhöhungen und Nachtarbeiterzuschläge stellte lediglich eine kleine Kurskorrektur und keineswegs einen Schritt auf dem Weg

niger auf die Gier nach »billigen Schnäppchen« zurückzuführen.

Neben weiteren Kritikpunkten an Alys Darstellung (Spareinlagen als Indikator für das Vertrauen der Bevölkerung in das Regime, Abbau sozialer Ungleichheit) wurde in der fachlichen Diskussion um »Hitlers Volksstaat« auch wiederholt darauf hingewiesen, dass Aly die NS-Propaganda mit der Wirklichkeit verwechselt; so wurden zwar zukünftige Konsummöglichkeiten angekündigt, aber gleichzeitig blieb das Warenangebot stark beschränkt (Süß). Aly arbeitet häufig ohne eindeutige Beweise für seine Hypothesen: Beispielsweise kann er kein zentrales Dokument präsentieren, das zweifelsfrei nachweist, dass die NS-Raubpolitik zum Wohl des deutschen Verbrauchers einem zentralen »Masterplan« folgte. Seine wenig repräsentativen Einzelaussagen machen zwar die Struktur des Raubsystems deutlich, das sich aber eher aus den Zwangslagen situativ entwickelt hatte; seine Detailfakten beweisen aber nicht, dass die Spitze des Regimes dies zentral steuerte (Bähr). Auch übergeht Aly beispielsweise den Umstand, dass die vollständige Beschlagnahme des jüdischen Eigentums Ende 1938 weniger darauf zurückzuführen ist, dass das Reich seine Haushaltslöcher zu stopfen versuchte. Vielmehr reagierte das Regime auf die akute Gefahr, dass das jüdische Vermögen unter den NS-Anhängern unkontrolliert aufgeteilt worden wäre.

Was also bleibt nach all dieser grundlegenden Kritik, die Alys Darstellung in wichtigen Teilen widerlegt? Alys Interpretation vom NS-Volksstaat als Wohlgefühl- und Gefälligkeitsdiktatur wird in der Forschung langfristig kaum weiteren Nachhall finden. Nichtsdestotrotz wird die wissenschaftliche



Paris, September 1943: Utensilien, Kinderspielzeug, Möbel und Einrichtungsgegenstände jeder Art wurden von jüdischen Zwangsarbeitern in Paris sortiert, zusammengestellt und für den Versand in die bombardierten deutschen Städte vorbereitet.

Forschung durch die sich an »Hitlers Volksstaat« entzündenden Diskussionen sicherlich dazu angeregt, sich intensiver mit den verschiedenen Faktoren der Stabilität des NS-Staats und dem Holocaust zu beschäftigen. Unbestritten – und dies konzedieren auch seine Kritiker – bleibt es auch Alys Verdienst, das finanzielle Ausbeutungssystem in den besetzten Gebieten – und hier insbesondere die Funktionsweise der Reichskreditkassenscheine sowie die Bedeutung des jüdischen Eigentums für die deutsche Kriegsfinanzierung – präziser als bisher beschrieben zu haben. Hier vor allem liegt die wahre Leistung seiner Studie. Wird sein Buch zu weiteren, notwendigen Forschungen über die Finanzgeschichte der deutschen Besatzung und Ausbeutung Europas führen – besonders wünschenswert erscheint ein Forschungsprojekt zur konkreten Rolle des Reichsfinanzministeriums – hätte Aly damit abermals der deutschen NS-Forschung einen wichtigen Anstoß gegeben. ♦

Der Autor

Dr. Ralf Banken, 42, ist Wirtschaftshistoriker. Er promovierte 1997 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität über die Industrialisierung der Saarregion; seine Dissertation wurde mit dem Friedrich-Sperl-Preis als beste geisteswissenschaftliche Dissertation des Jahres an der Universität Frankfurt ausgezeichnet. Banken hat seitdem mehrere Arbeiten zur Wirtschaftsgeschichte des Dritten Reichs veröffentlicht. Er arbeitet zurzeit an einer Studie über die nationalsozialistische Edelmetallbewirtschaftung und den Edelmetallraub an den Juden und in den besetzten Gebieten, die er ab Juli in einem halbjährigen Stipendium am Center for Advanced Holocaust Studies in Washington D.C. fertig stellen wird.

Anmerkungen

Die Rezensionen von Johannes Bähr, Frank Bajohr, Rüdiger Hachtmann, Armin Nolzen und Winfried Süß wurden am 15. Juli 2005 unter <http://www.sehepunkte.de> veröffentlicht, Wolfram Meyers und Mark Spoerers

Beurteilungen sind dagegen am 26. Mai 2005 unter <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de> publiziert worden. Michael Wildts Beitrag erschien am 4. Mai 2005 in der »Zeit«, Ludolf Herbsts Besprechung im »Tages-

spiegel« am 16. März 2005 und Wehlers Kritik im »Spiegel« vom 4. April 2005. Die Diskussion zwischen Tooze und Aly findet sich in den Ausgaben der »TAZ« vom 12. März, 15. März und 16. März 2005.

Richard J. Overy, *War and Economy in the Third Reich*, Oxford 1994. Mark Spoerer, *Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom, Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesell-*

schaften 1925–1941

, Stuttgart 1996. Jörg Baten, Andrea Wagner, *Mangelernährung, Krankheit und Sterblichkeit im NS-Wirtschaftsaufschwung (1933–1937)*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 2003/1, S. 99–124.

Frank Bajohr, »Arisierung« in Hamburg, Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945, Hamburg 1997.